



Ottweiler, 21.01.17

Leserbrief zum Artikel „**Mehr Geld für die Hochschulen**“ vom 21.01.17 in der SZ

Erfreut habe ich zur Kenntnis genommen, dass die Saar-SPD die gegenwärtige Aufteilung der saarländischen Hochschulen auf zwei Ressorts (Saar-Universität und HTW bei Staatskanzlei, Hochschule für Musik und Hochschule der Bildenden Künste bei Kultusministerium) als „künstlich“ und „vom Bildungssystem abkoppelnd“ bezeichnet. Auch die Absichtserklärung eines „Neustarts in der saarländischen Hochschulpolitik“ sowie die Forderung der Saar-Grünen nach „zehn Millionen Euro mehr für die saarländischen Hochschulen“ halte ich für begrüßenswert und mehr als überfällig.

Bedauerlich ist allerdings, dass die künstlerischen Hochschulen des Saarlandes in diesem Artikel (wie so oft beim Thema „Hochschule/Landspolitk/Region“ in der Saarbrücker Zeitung) wieder einmal nicht erwähnt werden.

In dem Artikel von Peter Bylda ist die Rede von „der einzigen Universität des Saarlandes“ - dies ist de iure so nicht richtig, sind die künstlerischen Hochschulen doch den Universitäten gleichgestellt (was sich u.a. am Promotionsrecht zeigt, das auch sie besitzen).

Dass die Uni „Studenten aus ganz Deutschland“ anzieht, ist zweifellos richtig, gilt aber im gleichen Maß für die künstlerischen Hochschulen, die ebenfalls „Landeskinderhochschulen“ darstellen, die durch ihre hohe Qualität und internationale Reputation in ihrer Eigenständigkeit einen hohen Wert für den Bildungs- und Wissenschaftstandort Saarland darstellen.

„Die zerfallende Infrastruktur von Uni und HTW“ lässt sich ebenfalls auf beide künstlerischen Hochschulen übertragen. Bereits zu meiner Studienzeit an der Hochschule für Musik herrschten grenzwertige Verhältnisse hinsichtlich Gebäudebestand und Ausstattung - geändert hat sich daran (gemessen am nationalen Standard heutiger Studienbedingungen) bislang wenig.

Während ca. 39 Mio. Euro in den Erweiterungsbau des Museums einschließlich der Umfeldgestaltung investiert werden, leiden die saarländischen Hochschulen unter massiven Einsparzwängen.

Die Folgen vor allem für die künstlerischen Hochschulen erfahren dabei (auch durch einseitige Berichterstattung zugunsten von Uni und HTW) sehr wenig bis keine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit.